

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
21.05.2024

Beschlussvorlage

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Unterstützung der Striesener Erklärung

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	28.05.2024	Verwaltungsausschuss
Ö	30.05.2024	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Politiker:innen fast aller großen Parteien haben sich unter dem Motto „Bis hierhin und nicht weiter“ gemeinsam gegen Gewalt in der politischen Auseinandersetzung gewandt.

Anlass der Initiative ist der Angriff auf den SPD-Politiker Ecke im Dresdner Stadtteil Striesen. Die Attacke sorgte parteiübergreifend für Entsetzen. Kurz zuvor war in Dresden zudem ein 28-Jähriger angegriffen und verletzt worden, der für die Grünen Wahlplakate anbrachte. Inzwischen sind weitere Angriffe auf Politiker:innen bekannt geworden.

Zu den Unterzeichnenden gehören unter anderem die Bundesvorsitzenden von SPD, Grünen, FDP und Linken sowie Abgeordnete der Union. Mit ihrer Unterschrift verpflichteten sie sich in „drei Punkten zu Leitlinien“ ihres politischen Handelns, erklärten Vertretende fast aller im Bundestag vertretenen Parteien. Dazu gehören neben der Verurteilung „jeder Art von körperlicher Gewalt“ und dem Schutz „gegen Angriffe von Demokratiefeinden“ auch das Bekenntnis zu „einem respektvollen Umgang“ auch untereinander.

Demokratischer Streit werde „mit Worten ausgetragen“, heißt es. „Wir streiten hart in der Sache, aber verbindlich im Ton.“ Zudem appellieren die Politiker:innen an die gesamte Gesellschaft, die Demokratie in Deutschland zu schützen. „Wir alle sind unsere Demokratie – egal ob Politiker:innen, Rentner:innen, Handwerker:innen oder Schüler:innen. Also müssen wir alle wehrhaft sein.“

Die Striesener Erklärung ist im Wortlaut als Anlage beigefügt.

Die Initiative Brand New Bundestag (BNB) ist nach eigenen Angaben „eine unabhängige und überparteiliche Graswurzel-Organisation, die sich für zukunftsorientierte Politik einsetzt“. Sie ermöglicht es allen Interessierten, die Erklärung zu unterzeichnen. (Siehe hierzu: <https://brandnewbundestag.de/striesener-erklaerung>).

Die Initiative hat auf Nachfrage bestätigt, dass auch eine gemeinsame Erklärung des Rates der Hansestadt Lüneburg aufgenommen werden kann. Die Verwaltung wird nach dem Beschluss eine entsprechende Mitteilung abgeben.

Folgenabschätzung:

A) Auswirkungen auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs

	Ziel	Auswirkung positiv (+) und/oder negativ (-)	Erläuterung der Auswirkungen
1	Umwelt- und Klimaschutz (SDG 6, 13, 14 und 15)		
2	Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11)		
3	Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7)		
4	Nachhaltige/r Konsum und Produktion (SDG 12)		
5	Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3)		
6	Hochwertige Bildung (SDG 4)		
7	Weniger Ungleichheiten (SDG 5 und 10)	+	
8	Wirtschaftswachstum (SDG 8)		
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9)		

Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs leiten sich eng aus den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen ab. Um eine Irreführung zu vermeiden, wird durch die Nennung der UN-Nummerierung in Klammern auf die jeweiligen Original-SDG hingewiesen.

B) Klimaauswirkungen

a) CO₂-Emissionen (Mehrfachnennungen sind möglich)

Neutral (0): durch die zu beschließende Maßnahme entstehen keine CO₂-Emissionen

Positiv (+): CO₂-Einsparung (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr

und/oder

Negativ (-): CO₂-Emissionen (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr

b) Vorausgegangene Beschlussvorlagen

Die Klimaauswirkungen des zugrundeliegenden Vorhabens wurden bereits in der Beschlussvorlage VO/_____ geprüft.

c) Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur nachhaltigen Beschaffung (Beschaffungsrichtlinie)

Die Vorgaben wurden eingehalten.

Die Vorgaben wurden berücksichtigt, sind aber nur bedingt anwendbar.

oder

- x Die Beschaffungsrichtlinie ist für das Vorhaben irrelevant.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 26,00 €
 aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 Ja
 Nein
 Teilhaushalt / Kostenstelle:
 Produkt / Kostenträger:
 Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

Anlagen:

Striesener-Erklärung

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des Rates der Hansestadt Lüneburg schließen sich der Striesener Erklärung an.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Initiative BrandNewBundestag zu informieren.

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Striesener Erklärung

- bis hierhin und nicht weiter!

Wir stehen geschlossen und gemeinsam gegen die immer weiter eskalierende Gewalt gegen politisch engagierte Menschen im öffentlichen Raum.

Uns verbindet zuweilen inhaltlich politisch nicht viel - manchmal nichts. Wir sind in den Farben getrennt, aber in dieser Sache vereint. Darum sagen wir: Bis hierhin und nicht weiter. Der Schlag ins Gesicht von Matthias Ecke war ein Schlag gegen uns alle - und gegen die Demokratie selbst.

Wir lassen nicht zu, dass Menschen, die unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten wollen, von Demokratiefeinden mit Gewalt von der Straße vertrieben werden. Wir streiten mit Worten um den richtigen Weg, nicht mit Fäusten. Wenn wir zulassen, dass Tritte und Schläge statt der besseren Argumente unsere Debatten entscheiden, verlieren wir alle. 1989/90 war der Ruf der friedlichen Demonstranten #KeineGewalt und #Meinungsfreiheit. Das geht nur in einer wehrhaften #Demokratie.

Darum erklären wir mit unserer Unterschrift folgende drei Punkte zu Leitlinien unseres politischen Handelns:

- 1. Bis hierhin und nicht weiter:** Wir verurteilen jede Art von körperlicher Gewalt. Demokratischer Streit, auch im Wahlkampf, wird mit Worten ausgetragen.
- 2. Unsere wehrhafte Demokratie, das sind wir alle.** Wir schützen uns, parteiübergreifend, gegenseitig gegen Angriffe von Demokratiefeinden.
- 3. Aus Worten werden Taten:** Wir sorgen mit einem respektvollen Umgang auch selbst dafür, dass die Stimmung nicht weiter aufgeheizt wird. Wir streiten hart in der Sache, aber verbindlich im Ton.

Unsere Demokratie ist wehrhaft. Und wir alle sind unsere Demokratie - egal ob Politikerin, Rentner, Handwerkerin oder Schüler. Also müssen wir alle wehrhaft sein.